# Ortspartei Wiesendangen

# EVP- INPUTS

**ABSTIMMUNGEN 30. November 2025**

**1.Service- Citoyen- Abstimmung (Bund)**

Der Bürgerdienst für Alle betrifft vor allem Frauen. Eine Allianz aus SVP, FDP, Mitte, SP, Grüne und Wirtschaftsverbände sind gegen die Initiative. Die Initianten verbinden ihre Initiative mit der Gleichstellung. Der Einsatz für die Gesellschaft sollte wie jetzt auf Freiwilligkeit beruhen, nicht auf Zwang. - Frauen leisten schon heute einen grossen Teil an Care- Arbeit. Sie wird zuwenig wahrgenommen und anerkannt. Bei einem Ja, käme ein ziviler Ersatzdienst für 30'000 Frauen pro Jahr in Frage. Der Einsatz wäre schwierig, weil Zivilschutz und das Militär Vorrang haben. Schlecht wären Einsätze im Pflegedienst, wo zwar Fachkräftemangel droht aber diesen konkurrenzieren würde.

**2. Soziale Klimapolitik, steuerlich gerecht finanziert, Initiative für Zukunft (Erbschaftssteuer Bund)**

Die Initiative für Zukunft und Klimawandel, Erbschaftssteuer ist ein Vorschlag der Juso, die 50 % Steuern auf Erbschaften und Schenkungen ab 50 Mio. Franken verlangen will, was unverhältnismässig ist, weil vermögend Personen abwandern können, tiefere Steuern und Arbeitsplatzverlust die Folge sein können, gemäss Gegnern.
Der Bund muss bis 2050 die Treibhausgase auf 0 reduzieren. Dafür wendet er jedes Jahr 2 Mia. Fr. auf, was den Initianten zuwenig ist um den Klimawandel zu bekämpfen. Fachleute würden eine eine moderate Kombination Vermögens- und Erbschaftssteuer zu einem geringeren Prozentsatz von 5-10% befürworten.

**3. Einführung Krankenvers. Prämienverbilligung (Kt. ZH)**

In der Schweiz ist eine Krankenversicherung obligatorisch. Personen in bescheidenen Verhältnissen haben Anspruch auf Prämienverbilligung. Es werden Einkommen, Vermögen und Familienverhältnisse berücksichtigt. Der Bund+ Kantone finanzieren Prämienverbilligungen.
2026 bezahlt der Bund 1.36 Mia. Fr. Der Kanton Zürch bezahlt davon 80% an die Betroffenen. Die Initiative will, dass der Kanton den vollen Bundesbetrag ausbezahlt. Das wäre eine Entlastung für tiefere Einkommen, weil die Krankenkassenkosten heute hoch sind und Kaufkraft und Teuerung belasten. Der Regierungsrat+ Mehrheit des Kantonsrates lehnen die Vorlage ab, mit der Begründung: Ab 2028 kommt die Regelung von 100% - Auszahlung, Mehrkosten von 50-60 Mio. sind zu erwarten, Optimierungen sollen gemacht werden. Die Ursache der Krankenkassenprämien-anstiege sind nicht behoben.

**4. Grundrecht auf digitale Integrität**

Die Initiative fordert:
Schutz vor Überwachung, Offline- Recht, Datensicherheit.- Die Umsetzung ist unklar.
Gegenvorschlag:
Analoge Angebote bleiben, Entscheide durch Menschen, nicht KI, Kanton sichert Informationen.
Der Regierungsrat lehnt beide Vorlagen ab, mit Begründung: Heute, sichere bürgernahe Verwaltung, Datenschutz wird sensibel behandelt, Zusammenarbeit Bund und Kantone bestehen und sind wichtig. Anpassungen werden wenn erforderlich gemacht.

**5. Mehr bezahlbare Wohnungen**
Die Städte oder Dörfer sollten ein Vorkaufsrecht erhalten um günstigere Wohnungen zu erwerben. Das schränke den Markt und die Bauwirtschaft ein, wurde von Gegnern argumentiert. – Befürworter sagen, es werden immer mehr Immobilien und Bauland von Pensionskassen, Investoren, teilweise aus dem Ausland gekauft. Dadurch steigen die Bodenpreise und Mieten weiter in's Unbezahlbare. Der Gegenvorschlag des Regierungsrates will die kantonale Wohnbauförderung von 180 Mio. auf 360 Mio. Franken verdoppeln. Das schafft gezielt Wohnraum für Menschen mit wenig Einkommen.

**6. Strassengesetz**
Bei einem Ja wird Tempo 30 schwerer umsetzbar auf Hauptstrassen, wo jetzt Tempo 50 gilt und nur auf kleinen Strecken eine Temporeduktion erlaubt sind. Die Städte Zürich und Winterthur könnten dann nicht mehr selbstständig über Temporeduktionen entscheiden, sondern der Kanton. Der Regierungs- und der Kantonsrat unterstützen die Initiative. Bei einem Nein, Einführung Tempo 30, weniger Strassenlärm, befürchten Feuerwehr, Ambulanz und Polizei, dass sie die 10 Min.- Regel zum Einsatzort nicht mehr einhalten können. Auch bei Stadtbussen gäbe es Verzögerungen und Mehrkosten durch zusätzliche Busse. Defizite zahlen heute Städte und Gemeinden.

**Anfrage von Ch. Herzog, Feuerwerksverbot am 1. August und Silvester**
Einige Gemeinden im Kt. Zürich und in der Schweiz haben bereits Verbote beschlossen, eine eidgenössische Vorlage ist hängig. Die Gemeinden können in eigener Kompetenz Verbote erlassen.
Die Knallerei am 1. August und Sylvester hat Formen angenommen und erzeugt Lärm über ein normales Mass hinaus, weil immer grössere Böller abgeschossen werden. Das belastet Menschen und Tiere, welche Schutz verdienen. – Der Vorstoss von Christoph Herzog im Namen der EVP wurde von Parteien und Gemeinderat im gemeinsamen Gespräch abgelehnt.
Weiteres Vogehen? 1.) Ev. könnte man bei Ablehnung eine Initiative mit Unterschriftensammlung starten. 2.) Feuerwerk abschiessen zeitlich einschränken, z.B. 21.00- 23.30 Uhr, dass man am Sylvester auch die Kirchenglocken hört, die das alte Jahr ausläutet und das neue Jahr einläutet. Das sollte auf jeden Fall möglich sein.

**GEMEINDERATSWAHLEN 2026**
Die 5 Wiesendanger Parteien haben sich als Findungskommission 3x getroffen, einmal bei einer Vorstellungsrunde für interessierte Personen, wo Parteien und Anforderungsprofile an Gemeinderat, Schul- und Kirchenpflege vorgestellt wurden.
Es treten Gemeinderätin Luzia Gerber (GLP) und Urs Borer (FDP) als Gemeindepräsident zurück. Bei der GLP wird Beatrice Hasler und Bettina Huber, FDP als Nachfolgerinnen vorgeschlagen. Es gibt genügend Kandidaten für den Gemeinderat. In der Schulpflege würde man gerne mehr Kandidaten haben, weil man mit der Inhaberin des Ressorts Finanzen nicht ganz glücklich ist. Bei der Kirchenpflege ist ein Sitz vakant.- Vielleicht hat jemand Interesse?
Weitere Daten:
15. Dezember 2025, Anmeldefrist für Kandidaten
12. Januar 2026, Präsentation der Kandidierenden, Findungskommission
8. März 2026, Wahlsonntag
14. Juni 2026, ev. 2. Wahlgang

**DIVERSES**
Karin Fehr und Christoph Bolli haben das **App Mitgliedermanagement- System INVOLVE** von der EVP des Kt. Zürich, für eine bessere Information und Vernetzung geladen. Es bringt aktuelle Informationen, die nützlich sind.
**24. November, Gemeindeversammlung**

**30. November, Abstimmung Kantonal+ Bund**

Christoph Bolli, EVP Ortspartei Wiesendangen, Ländlistrasse 2, 8542 Wiesendangen
cdbolli@sunrise.ch, 078 / 814 06 75, 079 / 120 22 74